



Planfeststellungsbeschluss

gemäß § 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes
(Wasserhaushaltsgesetz – WHG)

für die Außengebietsentwässerung Heimersheim mit zwei Hochwasserrückhaltebecken, vier Stauanlagen und ein Fangegraben

Antragsteller:

Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler
vertreten durch Stadtbürgermeister Guido Orthen
Hauptstraße 116
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Planfeststellungsbehörde:

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Neustadt 21
56068 Koblenz

Ort und Datum:

Koblenz, 27.04.2026

Aktenzeichen:

Az.: 6422-0017#2025/001-0380 Ref31-AB2

Ansprechpartner:

Frau von Biedersee (Telefon 0261/120-2579)
Herr Wüst (Telefon 0261/120-2540)



Inhalt

I.	3
II. Antrags- und Planunterlagen	4
III. Nebenbestimmungen	7
1. Wasserwirtschaft	7
2. Bodenschutz	9
3. Naturschutz	9
4. Gewerbeaufsicht	11
5. Generaldirektion Kulturelles Erbe-Landesarchäologie	11
6. Generaldirektion Kulturelles Erbe-Landesdenkmalpflege	12
7. Landesamt für Geologie und Bergbau	12
8. Landwirtschaftskammer	13
IV. Auflagenvorbehalt	13
V. Ordnungswidrigkeit	13
VI. Hinweise	14
VII. Kostenentscheidung	16
VIII. Begründung	17
1. Vorhabenbeschreibung und Verfahren	17
2. Rechtsgrundlage und Planrechtfertigung	22
3. Umweltverträglichkeit	23
4. Grundsätzliche Feststellungen zur Bewertung der Stellungnahmen	24
5. Verschlechterungsverbot / Verbesserungsgebot gemäß WRRL	26
6. Gesamtabwägung	27
7. Enteignungsrechtliche Vorwirkung	28
8. Kostenentscheidung	29



Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 20 03 61 - 56003 Koblenz

Gegen Empfangsbekanntnis

**Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler
Postfach 10 10 51
53448 Bad Neuenahr-Ahrweiler**

**ZENTRALREFERAT
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ
KOBLENZ**
Stresemannstraße 3-5
56068 Koblenz
Dienstgebäude Neustadt 21

Telefon: 0261 120-0
Telefax: 0261 120-2503
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

27.04.2026

Mein Aktenzeichen **Ihr Schreiben vom**
6422-0017#2025/0001-0380 Ref31-AB2

(alt: 312-87-131-001/2024)
Bitte immer angeben!

Ansprechpartner(in)/ E-Mail
Victoria von Biedersee
Victoria.vonBiedersee@sgdnord.rlp.de
Sebastian Wüst
Sebastian.Wuest@sgdnord.rlp.de

Telefon/Fax

0261 120-2540
0261 12088-2200

Vollzug der Wassergesetze;

**Planfeststellungsverfahren gemäß § 68 Abs. 1 des Gesetzes zur Ordnung des
Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG -) für mehrere Hochwasser-
rückhaltebecken und ergänzende Stauanlagen im Sinne der Überflutungsvor-
sorge südlich der Ortslage Heimersheim**

Planfeststellungsbeschluss

I.

Auf Antrag der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, vertreten durch Stadtbürgermeister Guido Or-
then, Hauptstraße 116, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler wird gemäß §§ 68 Abs. 1, 70 Gesetz
zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG), §§ 18, 19 Abs. 1, 94, 92,
96, 107 Landeswassergesetz (LWG), §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) **der Plan**

3/30

Kernarbeitszeiten
Mo.-Fr.: 9.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
Bus ab Hauptbahnhof bzw. Bf. Stadtmitte
Linien 5-10, 15, 19, 21, 33, 150, 319, 460, 485
bis Haltestelle Rhein-Mosel-Halle

Parkmöglichkeiten
Schlossstraße, Tiefgarage Schloss
Schlossrondell / Neustadt



zur Errichtung von zwei Hochwasserrückhaltebecken, vier Stauanlagen und ein Fangergraben festgestellt.

II. Antrags- und Planunterlagen

Als Bestandteile dieses Beschlusses werden folgende Antrags- und Planunterlagen planfestgestellt, erstellt durch Dipl.-Ing. Justin Hoerster und Torsten Ohlert, Ehlinger Straße 14, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, vom 24.06.2024, geändert am 07.07.2025, sowie ergänzt am 23.09.2025 und 04.11.2025 um weitere Unterlagen:

Nr.	Anlage	Blatt	Bezeichnung	Maßstab
1	G01		Erläuterungsbericht	
2	G02		Übersichtskarte	
	G02	1	Übersichtskarte	1:10.000
3	G03		Übersichtspläne	
	G03	1	Übersichtslageplan	1:1.000
4	G05		Lagepläne	
	G05	1	Lageplan-1 Maßnahme Hh6	1:250
	G05	2	Lageplan - 2 Maßnahme Hh7	1:250
	G05	3	Lageplan - 3 Maßnahme Hh7	1:250
	G05	4	Lageplan - 4 Maßnahme Hh7	1:250
	G05	5	Lageplan - 5 Maßnahme Hh9	1:250
	G05	6	Lageplan - 6 Maßnahme Hh9	1:250
	G05	7	Lageplan - 7 Maßnahme Hh8 + Hh9	1:250
5	G06		Höhenpläne	
	G06	1	Längsschnitt B-B – Maßnahme Hh6	1:1.000
	G06	2	Höhenplan – Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-1	1:250
	G06	3	Höhenplan – Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-2	1:250
	G06	4	Höhenplan – Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Oben auf dem Fallergraben“-1	1:250
	G06	5	Höhenplan – Maßnahme Hh9 Stauanlage WW „In der Mittelbach“	1:250



	G06	6	Höhenplan – Maßnahme Hh9 Fangegraben WW „Zwischen Vehner Weg und Floß-2“	1:250/10
	G06	7	Längsschnitt A-A – Maßnahme Hh8	1:1.00
6	G13		Kostenberechnung	
7	G14.1		Regelquerschnitte	
	G14.1	1	Regelquerschnitt - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-1	1:25
	G14.1	2	Regelquerschnitt - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-2	1:25
	G14.1	3	Regelquerschnitt - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Oben auf dem Fallergraben“-1	1:25
	G14.1	4	Regelquerschnitt - Maßnahme Hh9 Stauanlage WW „In der Mittelbach“	1:25
	G14.1	5	Regelquerschnitt - Maßnahme Hh9 Fangegraben WW „Zwischen Vehner Weg und Floß-2“	1:25
8	G16		Sonstige Pläne	
	G16	1	Ansicht - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-1	1:100
	G16	2	Ansicht - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Unten auf dem Fallergraben“-2	1:100
	G16	3	Ansicht - Maßnahme Hh7 Stauanlage WW „Oben auf dem Fallergraben“-1	1:100
	G16	4	Ansicht - Maßnahme Hh9 Stauanlage WW „In der Mittelbach“	1:100
	G16	5	Ergebnislageplan Statusberechnung Modellregen T=100a D=60min	1:2.2000
	G16	6	Ergebnislageplan Sanierungsberechnung Modellregen T=100a D=60min	1:2.2000
	G16	7	Ergebnislageplan Statusberechnung Blockregen 90 mm/h	1:2.2000
	G16	8	Ergebnislageplan Statusberechnung	1:2.2000



	G16	9	Blockregen 90 mm/h 1:2.000 Ergebnislageplan Statusberechnung Naturregen 04.06.2026 1:2.000	1:2.2000
	G16	10	Ergebnislageplan Statusberechnung Naturregen 04.06.2026	1:2.2000
9	G19		Umweltfachliche Untersuchungen	
	G19	1	Standortbezogene Vorprüfung (S-Prüfung) gemäß Anlage 3 des UVPG	
	G19	2	Fachbeitrag Naturschutz mit Artenschutzprüfung	
	G19	3	Fachbeitrag gemäß Wasserrahmenrichtlinie	
	G19	4	Nachweis der Gewässerverträglichkeit	
10	G20		Geotechnische Untersuchungen	
	G20	1	Geotechnischer Entwurfsbericht HRB „Am Heidenpost“	
	G20	2	Geotechnischer Entwurfsbericht HRB „Mittelbach“	
	G20	3	Geotechnischer Entwurfsbericht Stauanlagen an den Wirtschaftswegen im Bereich "Mittelbach"	
	G20	4	Geotechnischer Entwurfsbericht Stauanlagen an den Wirtschaftswegen im Bereich "südlich Hungerberg II"	
11	G21		Sonstige Gutachten	
	G21	1	Orientierende Kampfmittelvorerkundung	
12	G25		Eigentümerpläne	
	G25	1	Eigentümerplan - 1 Maßnahme Hh6	1:250
	G25	2	Eigentümerplan - 2 Maßnahme Hh7	1:250
	G25	3	Eigentümerplan - 3 Maßnahme Hh7	1:250
	G25	4	Eigentümerplan - 4 Maßnahme Hh7	1:250
	G25	5	Eigentümerplan - 5 Maßnahme Hh9	1:250
	G25	6	Eigentümerplan - 6 Maßnahme Hh9	1:250
	G25	7	Eigentümerplan - 7 Maßnahme Hh8 + Hh9	1:250



13			Bodenschutzkonzept (25165U-TK)	
14			Geophysikalische Prospektion mit Bericht GDKE archäologische Sachstandsermittlung	

III. Nebenbestimmungen

Die Ausführung des Vorhabens hat unter Beachtung der nachstehend aufgeführten Nebenbestimmungen zu erfolgen:

1. Wasserwirtschaft

- 1.1 Vor Ausführung der Bauarbeiten ist die Maßnahme mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz vor Ort im Detail abzustimmen. Ansprechpartner bei der SGD Nord ist Hr. Schäfer (Tel.: 0261/120-2936). Der Einweisungstermin ist mindestens zwei Wochen vor Baubeginn zu vereinbaren. Wesentliche Änderungen bedürfen einer erneuten Planfeststellung.
- 1.2 Der schadlose Hochwasserabfluss während der Bauzeit muss gewährleistet sein. Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf Warnung bei Hochwasser und/oder Eisgang. Er hat sich selbst rechtzeitig zu informieren und die evtl. erforderlichen Sicherungsmaßnahmen einzuleiten.
- 1.3 Beginn und Ende der Bauarbeiten sind der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz, schriftlich anzuzeigen.
- 1.4 Es ist mit einer solchen Sorgfalt zu arbeiten, dass wassergefährdende Stoffe (z. B. Schmier- oder Treibstoffe) nicht in das Gewässer gelangen. Der Eintrag von Trübstoffen ins Gewässer ist auf ein Minimum zu beschränken. Das Auslaufen wassergefährdender Stoffe ist sofort der unteren Wasserbehörde bei der Kreisverwaltung Ahrweiler anzuzeigen.
- 1.5 Nach Fertigstellung der Maßnahme ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz, die

wasserrechtliche Abnahme zu beantragen. Hierzu ist nach Fertigstellung der beiden RRBs ein Probeeinstau bis $\frac{3}{4}$ Vollstau erforderlich.

- 1.6 Zur Sicherung der Einläufe in die Rückhaltebecken sind landschaftstypische, wasser- und witterungsbeständige Natursteine kubischer (nicht plattiger) Form in unterschiedlichen Größenordnungen in naturnaher Bauweise ohne Pflasterstruktur einzubauen. Die Steine sind auf einen Filterunterbau zu versetzen; sie sind nicht in Beton oder Mörtel zu betten. Die Steinlücken sind mit Oberboden zu verfüllen.
- 1.7 Bei der Herstellung der Rückhaltebecken ist darauf zu achten, dass der Untergrund nicht verdichtet wird, damit dort auch eine Versickerung stattfinden kann. Die Becken sind so zu unterhalten, dass die Funktionsfähigkeit langfristig erhalten bleibt.
- 1.8 Die Becken sind nach Starkregenereignissen auf Anlandungen hin zu überprüfen, diese ggf. zu reinigen.
- 1.9 Nach Fertigstellung des Vorhabens ist der Genehmigungsbehörde ein geprüfter Stand-sicherheitsnachweis für die Dammbauwerke der Becken vorzulegen.
- 1.10 Die Nachweise zur Hochwassersicherheit bei BHQ1 = 200a und BHQ2 = 1.000 a sind ebenso zu diesem Zeitpunkt vorzulegen.
- 1.11 Bei der Bestimmung der Bemessungshochwässer ist eine fachliche Abstimmung mit dem LfU zu empfehlen.
- 1.12 Es ist ein Betriebsplan für die Becken zu erstellen. Dieser muss die verantwortlichen Personen nennen und enthält ein Unterhaltungs- und Pflegekonzept. Dieser Betriebsplan ist jederzeit unaufgefordert der Genehmigungsbehörde vorzulegen. Nach Fertigstellung ist eine regelmäßige visuelle Betriebs- und Bauwerksüberwachung ausreichend. Es empfiehlt sich diese in geeigneter Form zu protokollieren.
- 1.13 Der bei den Bauarbeiten anfallende Bodenaushub ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen. Die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung zu beachten.
- 1.14 Vor Baubeginn sind die Darstellungen der Amphibientunnel vorzulegen. Gleiches gilt für die nach den Rückhalteeinrichtungen vorzusehenden Energieumwandlungen.
- 1.15 Der Einbau von Geotextilvlies im naturnahen Wasserbau hat nicht zu erfolgen. Es ist ein kornabgestufter Filteraufbau zu wählen.



2. Bodenschutz

- 2.1. Es wird eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN19639 angeordnet.
- 2.2. Vor Baubeginn ist der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz mitzuteilen, wer als bodenkundliche Baubegleitung beauftragt wurde.
- 2.3. Ein Abschlussbericht ist nach Beendigung der Maßnahmen unaufgefordert vorzulegen.

3. Naturschutz

- 3.1. Die im Fachbeitrag Naturschutz beschriebenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sind während der Bauphase, die Kompensationsmaßnahmen spätestens in der auf die Fertigstellung der Baumaßnahme folgenden Pflanzperiode durchzuführen.
- 3.2. Die fach-, und auflagen- und plangerechte Durchführung der naturschutzfachlichen Maßnahmen ist von einem auf dem Gebiet des Naturschutzes erfahrenen Ingenieur bzw. Biologen zu überwachen und unmittelbar nach Fertigstellung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Obere Naturschutzbehörde, im Rahmen eines Berichtes gemäß § 17 Abs. 7 BNatSchG schriftlich zu bestätigen (Ökologische Baubetreuung).
- 3.3. Vor Baubeginn ist der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Obere Naturschutzbehörde, der hierfür Beauftragte schriftlich zu benennen.
- 3.4. Der Oberboden (Mutterboden) ist sorgsam zu behandeln. Er darf nicht mit dem Unterboden vermischt werden und ist einer nutzbringenden Wiederverwendung zuzuführen. Bei einer Lagerung von mehr als 8 Wochen ist er fachgerecht in 1,50 m hohen Mieten zwischenzulagern und mit einer gebietstypischen Wildsaatgut zu begrünen. Der Boden der Becken ist mit Mutterboden anzudecken. Es ist sicherzustellen, dass der versickernde Anteil über eine biologisch aktive Bodenzone dem Grundwasser zugeführt wird.
- 3.5. Für Pflanz- und Ansaatmaßnahmen sind ausschließlich einheimische Gehölze und Saatgut regionaler Herkunft des Herkunftsgebietes „Westdeutsches Bergland“ zu verwenden.



- wenden. Für die Flächen zur Begrünung mit Wiesenansaat ist ein, auf die Standortverhältnisse abgestimmtes wildkräuterreiches zertifiziertes Regio-Saatgut zu verwenden. Die Ansaatmenge soll zur schnelleren natürlichen Begrünung 10 g/qm nicht überschreiten. Der arten- und blütenreiche Charakter der Wiesen und Ansaatbegrünungen ist durch eine extensive Pflege mit Entnahme des Mahdguts sicherzustellen.
- 3.6. Die baubedingte Rodung und Rückschnitt von Gehölzen und Waldstreifen ist auf das technisch erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Vorhandene Bäume und Gehölzbestände sind entsprechend DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Gehölzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ vor Beschädigung oder sonstigen Beeinträchtigungen des Kronen-, Stamm- und Wurzelraumbereiches zu schützen.
- 3.7. Das Pflanzmaterial für die vorgesehenen Pflanzmaßnahmen hat den Anforderungen nach DIN 18916 und den Gütebestimmungen für Baumschulen des "Bund Deutscher Baumschulen" zu entsprechen. Die vegetationstechnischen Voraussetzungen für die Pflanzungen sind nach DIN 18915 zu schaffen.
- 3.8. Für Neupflanzungen ist eine mindestens 2-jährige Pflege zu übernehmen. In dieser Zeit auftretende Ausfälle von mehr als 10 % sind durch Nachpflanzung spätestens innerhalb der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen. Die Pflanzung ist auf Dauer zu erhalten.
- 3.9. Auf eine Einfriedung der Anlage ist nach Möglichkeit zu verzichten. Die Notwendigkeit, als auch die Dimensionierung und Ausgestaltung der Einfriedung der Anlage hat sich ausschließlich an den zwingenden Vorgaben der Unfallkammer Rheinland-Pfalz zu orientieren. Darüberhinausgehende Dimensionierungen der Zaunanlagen sind nicht zulässig. Die Einfriedung ist mit mind. 10 cm Bodenfreiheit für Kleinsäuger auszubilden.
- 3.10. Nach Bauausführung ist der ursprüngliche Zustand der in Anspruch genommenen Flächen wiederherzustellen. Baubedingte Bodenbefestigungen sind zu beseitigen, der Oberboden ist wieder einzubauen und Untergrund- und Oberbodenverdichtungen sind zu beseitigen.
- 3.11. Im Rahmen der Unterhaltung der Rückhalteanlagen, ist zum Schutz sich entwickelter Biotopstrukturen, eine erforderliche Räumung immer nur sukzessiv, mit einem Flächenanteil von max. 80 % an der Gesamtfläche durchzuführen.

- 3.12. Nach Bauausführung ist das Gewässerbett des Mittelbachs und seine Uferbereiche naturnah wiederherzustellen. Auf eine flache und ausgerundete Gestaltung des Gewässerbettes und seiner Uferbereiche ist zu achten.
- 3.13. Das Abschneiden und auf den Stock setzen von Bäumen, Hecken, lebenden Zäunen, Gebüsch und anderen Gehölzen ist in der Zeit vom 01.03. bis 30.09. eines jeden Jahres nicht zulässig.
- 3.14. Vor der Rodung bzw. den Fällarbeiten von Gehölzen sind die zu entfernenden Bäume und Gehölzbestände von entsprechenden Fachleuten hinsichtlich vorhandener Baumhöhlen, Tierbesatz und Nistplätzen und hinsichtlich potentieller Quartierbäume für baumbewohnende Fledermäuse zu kontrollieren. Bei einer unvermeidbaren Betroffenheit von Höhlenbaumstandorten muss in jedem Fall eine Kontrolle der Höhlen mit Hilfe einer Endoskopkamera erfolgen. Sollten sich gefährdete Tierarten in den Baumhöhlen befinden, hat sich die Rodung zu verzögern, bis der Ausflug oder das Auswandern stattgefunden hat. Unbesetzte Höhlen sind unmittelbar durch Verschluss vor einer Besiedlung zu sichern.

4. Gewerbeaufsicht

Arbeitsplätze und Verkehrswege im Freien sind mit Beleuchtungseinrichtungen auszurüsten, die die Mindestwerte der Beleuchtungsstärken nach Anhang 4 der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.4 „Beleuchtung“ gewährleisten.

5. Generaldirektion Kulturelles Erbe-Landesarchäologie

- 5.1. Der Baubeginn ist mindestens zwei Wochen vorher per E-Mail über landesarchaeologie-koblenz@gdke.rlp.de oder telefonisch unter 0261 6675 3000 anzuzeigen.
- 5.2. Der Vorhabenträger sowie die ausführenden, vor Ort eingesetzten Firmen sind bezüglich der Melde-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht von archäologischen Funden und Befunden an die Bestimmungen gemäß §§ 16 – 21 DSchG RLP gebunden.
- 5.3. Die im Bericht zur geophysikalischen Prospektion vom 23.09.2025 festgelegten Maßnahmen sind in Abstimmung mit der GDKE vor Baubeginn durchzuführen.

6. Generaldirektion Kulturelles Erbe-Landesdenkmalpflege

- 6.1. Im Rahmen des Planungsverfahrens ist zu berücksichtigen, dass sich im Planungsgebiet gemäß DSchG RLP §§ 3, 4 und 5 denkmalgeschützte Kleindenkmäler und Grenzzeichen (u.a. Grenzsteine, Kilometer- oder Stundensteine, Loogfelsen, Menhire) befinden können. All diese genannten Grenzzeichen sind prinzipiell in situ zu belassen, da Sie eine historische oder noch immer bestehende Grenzlinie dokumentieren bzw. als ein Bestandteil eine noch aus mehreren tradierten Grenzzeichen bestehende historische Grenzlinie überliefern.
- 6.2. Sollten daher im Rahmen von Maßnahmen und Bauausführungen Grenzzeichen wie Grenzsteine, Kilometer- oder Stundensteine, Loogfelsen, Menhire oder Ähnliches im Planungsgebiet vorgefunden und festgestellt werden, sind die Kulturdenkmäler zunächst in situ zu belassen.
- 6.3. Die weitere Vorgehensweise ist in jedem Einzelfall mit der Direktion Landesdenkmalpflege in Mainz und der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden, abzustimmen und denkmalrechtlich zu genehmigen.

7. Landesamt für Geologie und Bergbau

- 7.1. Bei allen Eingriffen in den Baugrund sind die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen.
- 7.2. Die weitere Beteiligung eines Baugrundgutachters sowohl im Zuge des weiteren Planungsfortschrittes als auch während der Ausführung der Erd- und Gründungsarbeiten wird empfohlen.
- 7.3. Nach dem Geologiedatengesetz ist die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens zwei Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) anzuzeigen. Für die Anzeige sowie die spätere Übermittlung der Bohr- und Untersuchungsergebnisse steht das Online-Portal Anzeige geologischer Untersuchungen und Bohrungen Rheinland-Pfalz unter <https://geoldg.lgb-rlp.de> zur Verfügung.

8. Landwirtschaftskammer

- 8.1. Die Richtlinien für den ländlichen Wegebau (RLW) sind zu berücksichtigen.
- 8.2. Es ist bei der geplanten Wegeerhöhung sowie der Anlage der Notentlastung sicherzustellen, dass eine dauerhafte und uneingeschränkte Befahrung dieses Weges für den landwirtschaftlichen Verkehr gewährleistet wird.
- 8.3. Im Zuge dessen ist eine Aufnahme des Ist-Zustandes der Wege vor Beginn der Baumaßnahme vorzunehmen.
- 8.4. Baubedingt entstandene Schäden an landwirtschaftlich genutzten Wegen und Nutzflächen sind von und zu Lasten des Bauträgers zu beseitigen. Dies gilt ebenfalls für Baustelleneinrichtungsflächen wie Stell- und Lagerflächen.
- 8.5. Sofern Schäden an landwirtschaftlich genutzten Grundstücken entstehen sind Entschädigungen nach den Richtsätzen zur Ermittlung von Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz zu ermitteln und zu entschädigen.
- 8.6. Gegebenenfalls ist für Schäden an Kulturen ein Gutachten eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen der Landwirtschaftskammer einzuholen.

IV. Auflagenvorbehalt

Zur Verhütung oder zum Ausgleich nachteiliger Wirkungen auf das Gewässer, fremde Grundstücke oder Anlagen, die bei Erteilung der Planfeststellung nicht vorauszusehen waren, bleiben weitere Auflagen bzw. Änderungen oder Ergänzungen vorbehalten.

V. Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- ohne festgestellten Plan nach § 68 Abs. 1 oder 2 WHG ein Gewässer ausbaut (§ 103 Abs. 1 Nr. 15 WHG)
- den angeordneten Auflagen und Bedingungen, die als Anordnungen im Sinne des § 118 Abs. 1 Nr. 29 LWG gelten, zuwiderhandelt.

Eine Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG bzw. § 118 Abs. 2 LWG).



Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass ungenehmigte sowie unangemeldete Erd- und Bauarbeiten in Bereichen, in denen archäologische Denkmäler vermutet werden, nach § 33 Abs. 1 Nr. 13 DSchG RLP ordnungswidrig sind.

VI. Hinweise

Es ist zu beachten, dass

1. der festgestellte Plan außer Kraft tritt, wenn mit der Durchführung des Planes nicht innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen wird (§ 75 Abs. 4 VwVfG),
2. die Planfeststellung bzw. die Bewilligung nicht das Recht gewährt, Gegenstände, die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
3. der Wasserrechtsinhaber im Rahmen des § 101 WHG die Überwachung der Anlagen zu dulden hat,
4. die Eintragung ins Wasserbuch gemäß § 87 Abs. 2 Nr. 1 WHG und § 87 Abs. 2 LWG erfolgt.
5. Für Schäden, die durch den Bau oder den Betrieb der Anlage (einschl. Nebenanlagen) entstehen, haftet der Antragsteller nach den allgemeinen wasser- und zivilrechtlichen Vorschriften.
6. Bei der Planung, Durchführung der Arbeiten und beim Betrieb sind die anerkannten Regeln der Bautechnik zu beachten. Als solche gelten insbesondere die einschlägigen DIN-Vorschriften und sonstigen technischen Bauvorschriften, insbesondere DIN 19700 T12 und DWA M 522.
7. Daneben sind die Bestimmungen über den Schutz der Arbeiter:innen und über die Arbeiterfürsorge auf Bauten, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft, zu beachten.
8. Es wird eine frühzeitige Beteiligung der Unfallkasse unter dem Aspekt von möglichen Sicherungsmaßnahmen, die getroffen werden müssen, empfohlen.
9. Es wird auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht (§ 16-21 DSchG RLP) hingewiesen.

10. Es wird die weitere Beteiligung eines Baugrundgutachters sowohl im Zuge des weiteren Planungsfortschrittes als auch während der Ausführung der Erd- und Gründungsarbeiten angeraten.
11. Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar (§§ 13 ff. BNatSchG) und ist mit den erforderlichen Kompensationsmaßnahmen (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) sowie den dafür in Anspruch genommenen Flächen in einem Kompensationsverzeichnis zu erfassen (§ 17 Abs. 6 S. 1 BNatSchG). Der Vorhabenträger als Verursacher des Eingriffs (Eingreifer) hat auf Verlangen der Zulassungsbehörde die erforderlichen Daten nach den Vorgaben des § 6 LKompVzVO in digitaler Form zur Verfügung zu stellen (§ 4 Abs. 1 S. 2 LKompVzVO).

Die erforderlichen Daten sind von dem Eingreifer in das Online-Erfassungsprogramm KSP (= „KomOn-Serviceportal“) einzugeben. Die Internet-Adresse für den Zugang zum KSP lautet: <https://anmeldung.naturschutz.rlp.de>. Sofern der Eingreifer noch nicht beim KSP registriert ist, kann er dies auf der Startseite des Programms oben links unter der Rubrik „Registrierung“ erledigen, oder sich direkt an die KSP-Servicestelle in der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord in Koblenz unter folgender Service-Nummer 0261/120-8003 (EMail: KSP-Servicestelle@sgdnord.rlp.de) wenden. Das Handbuch zu KSP erhält man nach erfolgreicher Anmeldung im Programm KSP unter der Rubrik „Hilfe“.

Nach Eingabe des Vorhabens in KSP muss der Vorgang der Zulassungsbehörde zur weiteren Bearbeitung „bereitgestellt“ werden, siehe dazu:

<https://dienste.naturschutz.rlp.de/doku/doku.php?id=ksp:start> bzw.

<https://dienste.naturschutz.rlp.de/doku/doku.php?id=ksp:videos#vorgang-anlegen-als-datenbereitsteller>

Anschließend sind der Zulassungsbehörde folgende Daten mitzuteilen:

1. Objektbezeichnung des Eingriffs (z.B. Landwirtschaftliche Maschinenhalle)
2. Objektkennung des Eingriffs (z.B. EIV-Nr.)
3. Objektbezeichnung der Kompensation (z.B. Anlage Streuobstwiese)
4. Objektkennung der Kompensation (z.B. KOM-Nr.)



VII. Kostenentscheidung

Die Entscheidung ergeht nach §§ 8 Abs. 1 Nr. 4 sowie § 10 Abs. 2 S. 2 des Landesgebührengesetzes für Rheinland-Pfalz (LGebG) gebühren- und auslagenfrei.

VIII. Begründung

1. Vorhabenbeschreibung und Verfahren

Die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler mit den umliegenden Stadtteilen war in den zurückliegenden Jahren von verschiedenen Hochwasser- und Starkregenereignissen mehrfach besonders betroffen. Zuletzt hat die Flutkatastrophe im Ahrtal enorme Sachschäden verursacht und viele Menschenleben gefordert. Wenige Tage vor der Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 kam es zu einem Starkregenereignis in der Region. Dieses führte dazu, dass Wasser und Bodenmaterial aus dem südlichen Außengebiet in die Ortslage Heimersheim eindrang und zu Sachschäden führte. Besonders betroffen waren das Abwassernetz und der Vorflutkanal, welche durch den erheblichen Eintrag von Schlamm und Geröll verstopfte.

Am 02.05.2024 kam es abermals zu einem Starkregenereignis, welches auch in Heimersheim zu erneuten Gefährdungen führte.

Aufgrund der topografischen Lage ist die Ortslage Heimersheim als potenziell stark überflutungsgefährdet zu bewerten. Die vorhandenen Geländeneigungen in den Außengebieten der Ortslage begünstigen den Oberflächenabfluss, was bei entsprechenden Regenfällen bzw. Extremwetterlagen zu Gefährdungen der Ortslage führt. Diese Einschätzung wird durch die Erfahrungen bei den Starkregenereignissen der letzten Jahrzehnte bestätigt. Insbesondere die zunehmenden Niederschlagsmengen der letzten Jahre führen regelmäßig zu Überflutungen und auch zu Schäden in der bebauten Ortslage. Im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens „Heimersheim Süd“ wurde bereits 2002 vom Ing. Büro Becker eine auf den damaligen Gewässer- und Wegeplan abgestimmte Planung zur Wasserführung und Rückhaltung erstellt und im Rahmen der Planfeststellung des Flurbereinigungsverfahrens genehmigt. Da sich jedoch im Flurbereinigungsverfahren Abweichungen zwischen dem damals zu Grunde gelegtem Gewässer- und Wegeplan und der tatsächlichen Trassierung der Wege ergeben haben, entsprechen die heutigen Verhältnisse nicht mehr den damaligen Grundlagen. Darüber hinaus haben sich zwischenzeitlich die Berechnungs- und Bemessungsgrößen für Rückhaltungen geändert. Im Jahr 2020 wurde eine Entwurfsplanung für mehrere Becken im Außengebiet durch das Ingenieurbüro Becker erstellt. Im Rahmen einer nachfolgenden Starkregenanalyse wurde festgestellt, dass die möglichen Volumina in den beplanten Flächen nicht ausreichend sind um einen angemessenen Schutz der Ortslage zu gewährleisten.

Aus diesem Grunde beantragt die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler die Umsetzung der Maßnahmen Hh6 bis Hh9 aus der Maßnahmenliste des zwischenzeitlich erstellten Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzeptes der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Der Plan umfasst folgende Maßnahmen:

- Errichtung zweier Hochwasserrückhaltebecken,
- vier Stauanlagen und
- ein Fangegraben im südlichen Außengebiet von Heimersheim.

Das Becken „Mittelbach“ fasst ein Volumen von rund 5.300 m³ und das Becken „Am Heidenpost“ fasst rund 8.480 m³. Beide Becken werden als Trockenbecken errichtet. Es handelt sich damit gemäß der Größeneinordnung der DIN 19700 um sehr kleine Stauanlagen. Die Notentlastung erfolgt in beiden Fällen über eine luft- und wasserseitig befestigte Dammscharte. Das Dammbauwerk wird als Erddamm ausgeführt und wird eine Höhe von ca. 3 m („Mittelbach“) bzw. 3,25 m („Am Heidenpost“) aufweisen. Mit einer Böschungsneigung von 1:3 luftseitig und 1:2 wasserseitig wird eine gute Einpassung des Bauwerks in die Landschaft bei optimaler Flächennutzung erzielt. Die Anbindung der Dammkrone (Betriebsweg) an das umgebende Gelände erfolgt mit nur kleinen Rampen, bestehende Wegeverbindungen werden nicht eingeschränkt. Um den Stauraum effektiv zu nutzen und um kurze Füllzeiten mit schneller Entleerung nach einem Einstau zu gewährleisten, erfolgt der Abfluss aus den Becken über steuerbare Drosselorgane, welche mit dem Füllstand in den Vorflutern kommunizieren. So ist ein gezieltes Kappen des Hochwasserscheitels möglich. Dies führt neben einer optimierten Ausnutzung des Stauvolumens auch zu einer geringeren Dammhöhe als bei einem ungesteuerten Becken. Die hydraulische Leistungsfähigkeit der Auslaufbauwerke ist für die geforderten Belastungsszenarien (BHQ1 – BHQ3) nachgewiesen. Die Anforderungen an das HRB ergeben sich aus der DIN 19700 (Teile 10 und 12). Eine größtmögliche ökologische Durchgängigkeit des Gewässers wird dadurch gewährleistet, dass der Grundablass mit einem Ökogerinne naturnah gestaltet wird.

Die Stauanlagen und Fangegräben im Außengebiet dienen der Reduzierung von Fließgeschwindigkeiten und haben somit positiven Einfluss auf das Erosionsgeschehen im Bereich der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die kleinsten Stauanlagen sind als Erddämme mit luft- und wasserseitigen Böschungsneigungen von 1:3 ausgebildet. Die Stauanlagen sind mit jeweils (mind.) 3 Durchlässen DN150 versehen. Der luftseitige Böschungsfuß wird mittels Gabionen

geschützt und bildet mit den Gabionen eine klare Abgrenzung zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die kleinsten Stauanlagen sind mit einem Notüberlauf ausgestattet, welcher dem natürlichen Abfluss entsprechend angeordnet ist. Die genaue Beschreibung des Vorhabens ergibt sich aus dem Erläuterungsbericht der eingereichten Planunterlagen.

Der Antrag und die dazugehörigen Planunterlagen zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens wurden mit Schreiben vom 28.06.2024 der Planfeststellungsbehörde vorgelegt. Die Planunterlagen wurden durch das beauftragte Planungsbüro Berthold Becker Büro für Ingenieur- und Tiefbau GmbH, Bad Neuenahr-Ahrweiler, eingereicht. Die im weiteren Verlauf des Verfahrens modifiziert bzw. ergänzt wurden. So wurde der Erläuterungsbericht und die Kostenermittlung nach DIN 276-1 mit Datum vom 07.07.2025 angepasst und gemäß erfolgter Stellungnahme der Regionalstelle Wasserwirtschaft Koblenz, Referat 32, überarbeitet. Weiterhin wurden die Ergebnisse einer geophysikalischen Prospektion für einen Teilbereich der Maßnahme mit Schreiben vom 23.09.2025 sowie ein angefordertes Bodenschutzkonzept mit Email vom 04.11.2025 (Konzept mit Datum vom 30.10.2025) vorgelegt.

Als nach § 103 LWG planvorlageberechtigte Planer wurden Herr Justin Hoerster und Torsten Ohlert, Berthold Becker Büro für Ingenieur- und Tiefbau GmbH, Bad Neuenahr-Ahrweiler, beauftragt.

Die Unterlagen wurden auf ihre Vollständigkeit überprüft. Im Anhörungsverfahren wurden die Planunterlagen folgenden Behörden und sonstigen Stellen, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden, zur Stellungnahme übersandt:

- SGD Nord Koblenz:
 - 32 Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz
 - 23 Regionalstelle Gewerbeaufsicht Koblenz
 - 42 Naturschutz
 - 31 Fischerei
- Generaldirektion kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz
 - Direktion Landesarchäologie
 - Direktion Landesdenkmalpflege
 - Direktion Erdgeschichte
- Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel



- Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz
- Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz
- Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
- Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler
- Kreisverwaltung Ahrweiler
- Autobahn GmbH
- Landesforsten
- Eisenbahnbundesamt
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr

Seitens der Träger öffentlicher Belange wurden keine grundsätzlichen Bedenken erhoben bzw. können durch Aufnahme von Nebenbestimmungen in diesen Bescheid ausgeräumt werden.

Nachforderungen und Klarstellungen sowie eine geforderte geophysikalische Prospektion für die Generaldirektion kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz –Landesarchäologie wurden erbracht.

Wie in der Stellungnahme des Landesamtes für Geologie und Bergbau angeregt, wird eine bodenkundliche Baubegleitung nach § 4 Abs. 5 BBodschV angeordnet. Das Benehmen mit der bodenschutzrechtlichen Fachbehörde nach § 13 Abs. 3 LBodschG -Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum- wurde hergestellt.

Das Vorhaben liegt innerhalb eines, als „Landschaftsschutzgebiet“ geschützten Landschaftsraumes. Nach § 4 Abs. 2 Ziffer 4, 5, 12 und 15 der Rechtsverordnung zum Rhein-Ahr-Eifel ist das Verändern der bisherigen Bodengestalt durch Abgraben, Auffüllen oder Aufschütten ab 2m Höhe oder 1 m Tiefe und mit einer Grundfläche ab 100 m², das Herstellen, Beseitigen oder Umgestalten eines Gewässers oder seiner Ufer, das Beseitigen oder Beschädigen bedeutsamer Landschaftsbestandteile, sowie das Errichten oder Erweitern von Einfriedungen aller Art verboten. Nach § 4 Abs. 4 ist die Genehmigung nach Absatz 1 durch die nach anderen Rechtsvorschriften notwendige behördliche Zulassung ersetzt, da die Landespflegebehörde vor der Zulassung beteiligt worden ist und ihr Einverständnis erklärt hat.

Im Verfahren wurden auch folgende Naturschutzverbände beteiligt:

- Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz e.V (GNOR)
- POLLICHIA Verein für Naturforschung und Landespflege e.V.



- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
- Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
- Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V.
- Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.
- Landesfischereiverband Rheinland-Pfalz e.V.
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
- NaturFreunde Rheinland-Pfalz e.V. Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur
- Deutscher Gebirgs- und Wanderverein Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Sofern eine Stellungnahme erfolgt ist, wurden keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Es wurden auch seitens Privatpersonen keine Einwendungen erhoben.

Das Vorhaben wurde ordnungsgemäß und rechtzeitig in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt gemacht. Es wurde in den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben auswirkt, ortsüblich bekannt gemacht. Wegen Art und Umfang der Bekanntmachung wird auf die Akten Bezug genommen. Die Veröffentlichung erfolgte im Mitteilungsblatt „Stadtzeitung Bad Neuenahr-Ahrweiler am 12.02.2025. Die Planunterlagen, aus denen sich Art und Umfang der Maßnahme im Einzelnen ergeben, haben in der Zeit von 17.02.2025 bis 18.03.2025 bei der Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler zu jedermanns Einsichtnahme öffentlich ausgelegen. Die Frist zur Erhebung von Einwendungen endete am 01.04.2025. In den Bekanntmachungen wurde darauf hingewiesen, dass mit Ablauf der Einwendungsfrist alle Einwendungen ausgeschlossen werden, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Zusätzlich wurde ab 07.02.2025 auf der Website der SGD Nord eine Offenlage durchgeführt. Die Behörden und Stellen, deren Aufgaben durch das Vorhaben berührt werden, wurden im Verfahren beteiligt und haben Stellung genommen. Neben den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, und anerkannter Naturschutzverbände ging keine Einwendung privater Betroffener ein.

Die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, wurden beteiligt. Ebenso erfolgte die Beteiligung der gemäß § 63 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) anerkannten Naturschutzvereinigungen. Es wurden keine so schwerwiegenden Bedenken vorgebracht. Als dass diese nicht durch Nebenbestimmungen in diesem Planfeststellungsbescheid ausgeglichen werden könnten.

Die verfahrensführende Behörde hat daher diejenigen Behörden, welche nur unter Mitteilung von Nebenbestimmungen dem Vorhaben zugestimmt hatten aufgefordert, auf die Durchführung eines Erörterungstermines zu verzichten. Jede der Behörden hat schriftlich den Verzicht erklärt.

Aus diesem Grund wurde nach § 107 Nr. 1 LWG i.V.m. § 67 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG auf die Durchführung eines Erörterungstermins verzichtet.

2. Rechtsgrundlage und Planrechtfertigung

Die geplante Errichtung zweier Hochwasserrückhaltebecken, vier Stauanlagen und eines Fangegraben stellen als Stauanlagen einen Gewässerausbau i. S. d. § 67 Abs. 2 WHG dar, sodass gem. § 68 Abs. 1 WHG die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens notwendig ist.

Die zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens erforderlichen Antrags- und Planunterlagen wurden der SGD Nord als zuständiger Behörde § 69 Ziffer 1 b, §§ 92 Abs. 2, 94 Abs. 2 LWG, § 96 Abs. 1 LWG zur Prüfung vorgelegt. Die sachliche Zuständigkeit der SGD Nord als obere Wasserbehörde für die Erteilung der Planfeststellung folgt aus § 69 Ziffer 1 a i.V.m. § 92 Abs. 2 LWG.

Nach § 68 Abs. 2 S. 1 WHG kann anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilt werden, wenn nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht. Vorliegend wurde vom Antragsteller jedoch explizit ein Planfeststellungsbeschluss beantragt.

Der Bau des Vorhabens erfolgt im öffentlichen Interesse, um Hochwässer von der Gemeinde Heimersheim weitgehend fern zu halten. Ohne eine Verbesserung des derzeitigen Hochwasserschutzes ist bereits bei geringen und damit häufigen Hochwasserjährllichkeiten das umliegende Gelände von Überflutungen bedroht. Dies wird unmittelbar zu erheblichen materiellen Schäden an der betroffenen Bebauung der Ortslage führen.

Der Bau dessen ist auch angemessen, da durch die Nebenbestimmungen in diesem Planfeststellungsbeschluss ein gerechter Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen erreicht wird. Die Planrechtfertigung ist als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal jeder fachplanungsrechtlichen Entscheidung Zulässigkeitsvoraussetzung für die Planfeststellung. Sie stellt eine Ausprägung des verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dar und

verlangt, dass für das Vorhaben gemessen an den Zielsetzungen des einschlägigen Fachplanungsgesetzes ein hinreichender Bedarf besteht. Ein solcher Bedarf ist gegeben, wenn das Vorhaben vernünftigerweise geboten ist (vgl. BVerwG, Urt. v. 09.02.2006 – 4 A 1075/04).

Vorliegend dient das Vorhaben der Verbesserung des Hochwasser- und Starkregenschutzes der Ortslage Heimersheim. Die wiederholt aufgetretenen Starkregenereignisse sowie die erheblichen Schadenslagen in der Vergangenheit belegen eine konkrete Gefährdungslage. Ohne die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist auch künftig mit Überflutungen und erheblichen Sachschäden zu rechnen.

Die geplanten Rückhalte- und Ableitungsmaßnahmen sind geeignet, erforderlich und angemessen, um diese Gefahren zu reduzieren. Sie tragen insbesondere dazu bei, Abflussspitzen zu dämpfen, Fließgeschwindigkeiten zu reduzieren und die Ortslage vor schadensverursachenden Wassermengen zu schützen.

Die Planrechtfertigung ist damit gegeben. Der Verzicht auf den Bau der Regenrückhalteanlage zur Verbesserung des Hochwasserschutzes (Nullvariante) würde eines Tages mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter verbunden sein. Insofern leitet sich die Vorhabensbegründung auch aus den Umweltrisiken der Nullvariante her.

3. Umweltverträglichkeit

Im Rahmen des Verfahrens waren die Vorgaben des UVPG zu berücksichtigen.

Für das Vorhaben bestand eine Pflicht zur Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung nach §§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 Abs. 4 Nr. 1 a, 7 Abs. 2 i. V. m. Ziffer 13.6.2 und 13.18.2 der Anlage 1 des UVPG. Die durchgeführte standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der Umweltverträglichkeit des Vorhabens hat bereits unter Berücksichtigung der in Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien ergeben, dass die geplanten Maßnahmen zur Außengebietsentwässerung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich der Schutzgüter des § 2 Abs. 1 UVPG haben können, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht daher nicht.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Dokumentation der Vorprüfung des Einzelfalls vom 04.08.2024 verwiesen. Die Dokumentation und das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung wurde der Öffentlichkeit am 18.12.2024 über das zentrale Internetportal nach § 20 UVPG (www.uvp-verbund.de) bekanntgegeben.

4. Grundsätzliche Feststellungen zur Bewertung der Stellungnahmen

Die im Planfeststellungsverfahren gemäß § 73 Abs. 2 VwVfG den beteiligten Trägern öffentlicher Belange und weiteren Stellen abgegebenen Stellungnahmen sowie die darin enthaltenen begründeten Forderungen wurden soweit sie als berechtigt anerkannt wurden und sich nicht bereits im Verfahren erledigt hatten - durch die Nebenbestimmungen dieses Beschlusses berücksichtigt.

Alle schriftlich erhobenen Anregungen, Erläuterungen und Bedenken aus den Stellungnahmen wurden ebenfalls in die Entscheidungsfindung einbezogen. Nachfolgend werden die Entscheidungsgegenstände jeweils unter Berücksichtigung der vorgetragenen Stellungnahmen und Hinweise dargestellt.

Landesjagdverband

Der Landesjagdverband erhebt keine Einwände, solange die zeitnahe Realisierung der erforderlichen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen gewährleistet wird.

Diese Maßnahmen haben Einzug in den Nebenbestimmungen zum Naturschutz gefunden und können daher als berücksichtigt angesehen werden.

Generaldirektion kulturelles Erbe Landesarchäologie

Es wurde mitgeteilt, dass „unterhalb der Planflächen im Bereich der Ortslage von Heimersheim [sind] vor- und frühgeschichtliche Grabfunde bekannt“ sind. „Es ist nicht auszuschließen, dass sich hiermit zusammenhängende Siedlungsstellen oberhalb befinden und damit durch die Planung tangiert werden.“ Zur frühzeitigen Klärung des archäologischen Sachstandes wurde daher in den beiden hier genannten Planungsbereichen eine geophysikalische Untersuchung gefordert. Diese wurde durchgeführt und findet Berücksichtigung in den Antragsunterlagen. Zu den Ergebnissen der Prospektion hat die GDKE wiederum einen Bericht unter der Aktivitätsnummer 2025_0128 vom 23.09.2025 vorgelegt. Hierin werden Maßnahmen beschrieben, die vorzunehmen sind, damit die GDKE dem Vorhaben zustimmen kann. Diese wurden durch Nebenbestimmungen berücksichtigt.



Obere Gewerbeaufsichtsbehörde Koblenz

Gegen das Vorhaben bestünden keine Einwendungen, wenn es entsprechend den vorgelegten Unterlagen und folgenden Auflagen und Bedingungen ausgeführt werden würde. Den beantragten Maßnahmen wird unter Nebenbestimmungen zugestimmt, welche aus arbeitsschutzrechtlicher Sicht erforderlich sind.

Landwirtschaftskammer

Es wurde auf die im Zuge der Baumaßnahmen geplante Nutzung der Wirtschaftswege hingewiesen (Befahrung und Querung durch Notentlastung). Es sind daher Vorkehrungen zu treffen, dass diese nicht beschädigt werden. Die Richtlinien für den ländlichen Wegebau (RLW) sind zu beachten und entstandene Schäden zu beseitigen. Dies gilt ebenfalls für Baustelleneinrichtungsflächen wie Stell- und Lagerflächen. Für Schäden an landwirtschaftlichen Flächen im Zuge der Maßnahme wird auf die Anwendung der Richtsätze zur Ermittlung von Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz hingewiesen und auf eine ggf. notwendige Einbeziehung eines Gutachters der Landwirtschaftskammer.

Durch Festsetzungen von Nebenbestimmungen kann den Belangen der Landwirtschaft dem Antragsteller zumutbar Rechnung getragen werden.

Landesamt für Geologie und Bergbau

Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass die Maßnahmenbereiche 2, 3, 4 und 5 des Planfeststellungsverfahrens gemäß § 68 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz für mehrere Hochwasserrückhaltebecken und ergänzende Stauanlagen von dem auf Eisen und Graphit verliehenen, bereits erloschenen Bergwerksfeld "Hartenscheid" überdeckt werden. Aktuelle Kenntnisse über die letzte Eigentümerin liegen hier nicht vor. Die restlichen Maßnahmenbereiche werden von keinen Bergwerksfeldern überdeckt.

Es wird die Einbeziehung eines Baugrundberaters bzw. Geotechnikers zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung empfohlen, sofern auf Indizien auf Bergbau gestoßen wird.

Das LGB weist zudem auf den im Bodenschutzrecht geregelten sparsamen Umgang mit Eingriffen in den Boden hin. Dahingehend wird eine bodenkundliche Baubegleitung nach BBodSchV empfohlen. Diese ist aufgrund der Einwirkungen auf das Schutzgut Boden durch die Maßnahme an sich sowie die temporären Baumaßnahmen gerechtfertigt und wird daher in diesem Bescheid als aufschiebende Bedingung festgesetzt. Die geforderte Nebenbestimmung in

Form der Anzeige der geologischen Untersuchung gemäß des Geologiedatengesetzes wurde ebenfalls mit aufgenommen.

Regionalstelle Wasserwirtschaft Koblenz

In einer ersten Stellungnahme wurden noch einige Nachforderungen bzw. Überarbeitungsanforderungen zu den Antragsunterlagen mitgeteilt. Diese wurden in der diesem Bescheid beiliegenden Version berücksichtigt und ausgeräumt. Die allgemeinen Hinweise haben Eingang als Nebenbestimmungen gefunden, welche durch Wasser- und Bodenschutzrecht gerechtfertigt sind.

Obere Naturschutzbehörde (ONB)

Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft da, vgl. §§ 13 ff. BNatSchG.

Dieser kann unter Umsetzung der im Fachbeitrag Naturschutz festgelegten Maßnahmen kompensiert werden. Belange des Natur- und Artenschutzes werden durch Nebenbestimmungen abgedeckt. Die ONB stimmt den Maßnahmen unter Formulierung der Nebenbestimmungen zu. Sie haben Berücksichtigung gefunden.

Kreisverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler

Es bestünden keine Bedenken gegen das Vorhaben.

5. Verschlechterungsverbot / Verbesserungsgebot gemäß WRRL

Nach § 27 Abs. 2 WHG sind erheblich veränderte oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung ihres ökologischen Potentials und ihres chemischen Zustandes vermieden wird und ein gutes ökologisches Potential und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden. Das Grundwasser ist gemäß § 47 Abs. 1 WHG so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und seines chemischen Zustands vermieden wird; alle signifikanten und anhaltenden Trends ansteigender Schadstoffkonzentrationen auf Grund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umgekehrt werden; ein guter mengenmäßiger und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden; zu einem guten mengenmäßigen Zustand gehört insbesondere ein Gleichgewicht zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung.

Ausweislich des Fachbeitrages zur Wasserrahmenrichtlinie führen die beantragten Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung des Oberflächengewässerkörpers Ahr. Vielmehr stellt die gedrosselte Zuführung von abfließendem Wasser bei Starkregenereignissen aus dem Mühlen-
teich in die Ahr eine Verbesserung der bestehenden Situation dar. Weder für den Mittelbach,

noch die Ahr und den Mühlenteich kommt es zu einer Verschlechterung durch die beantragten Maßnahmen, da hier vorbeugende Maßnahmen im Fachbeitrag Naturschutz vorgesehen sind. Da weder mittelbar noch unmittelbar in die Ahr eingegriffen wird ist keine Verschlechterung des Grundwasserkörpers Ahr möglich. Für den Bereich Mittelbach sind Schutzmaßnahmen im Fachbeitrag Naturschutz vorgesehen, die einer Verschlechterung auch hier vorbeugen. Durch die Schutzmaßnahmen wird auch gewährleistet, dass dem Ziel der Erreichung eines guten Zustands des Grundwasser- und des Oberflächengewässerkörpers nichts entgegensteht, vielmehr eher dieses Ziel gefördert wird.

6. Gesamtabwägung

Gemäß § 68 Abs. 3 WHG darf der Plan nur festgestellt werden, wenn eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine erhebliche und dauerhafte, nicht ausgleichbare Erhöhung der Hochwasserrisiken oder eine Zerstörung natürlicher Rückhalteflächen, vor allem in Auwäldern, nicht zu erwarten ist und andere Anforderungen nach diesem Gesetz oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt werden. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, ist die Zulassung des Gewässerausbaus zwingend zu versagen. Für eine Ermessensentscheidung der Planfeststellungsbehörde bleibt dann kein Raum mehr. Das nach der höchstgerichtlichen Rechtsprechung schon aus dem Wesen einer rechtsstaatlichen Planung herzuleitende Abwägungsgebot verlangt, in der Planfeststellung die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dazu sind nach den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen alle nach Lage der Dinge zu berücksichtigenden Belange in die Abwägung einzustellen und zwischen ihnen ein Ausgleich herzustellen, der zu ihrer objektiven Gewichtigkeit in Verhältnis steht (vgl. dazu insgesamt Beck OK, VwVfG, Rn. 68 ff. zu § 74).

Im Rahmen der Planfeststellung waren die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange zu ermitteln, zu bewerten und gegeneinander sowie untereinander abzuwägen.

Auf Seiten des öffentlichen Interesses ist insbesondere das erhebliche Gewicht des Hochwasser- und Starkregenschutzes zu berücksichtigen. Das Vorhaben dient dem Schutz von Leben, Gesundheit und Sachwerten in der Ortslage Heimersheim und verfolgt damit ein besonders gewichtiges Gemeinwohlziel.

Demgegenüber stehende Belange, insbesondere Belange des Naturschutzes, der Landwirtschaft sowie des Bodenschutzes, werden durch die vorgesehenen Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen sowie durch die festgesetzten Nebenbestimmungen angemessen berücksichtigt. Weiterhin wird aufgrund der Größe der beanspruchten Fläche eine bodenkundliche Baubegleitung nach § 4 Abs. 5 BBodschV angeordnet und somit ein sicherer Umgang und eine Überwachung des Schutzgutes Boden gewährleistet.

Eine unzumutbare Beeinträchtigung privater Belange ist nicht ersichtlich. Die Inanspruchnahme von Flächen wurde auf das notwendige Maß beschränkt.

In der Gesamtabwägung überwiegt das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens die entgegenstehenden Belange. Das Vorhaben ist daher abwägungsfehlerfrei zulassungsfähig.

7. Enteignungsrechtliche Vorwirkung

Der vorliegende Planfeststellungsbeschluss hat gemäß § 71 Abs. 2 WHG kraft Gesetzes enteignungsrechtliche Vorwirkung. Hiernach ist die Enteignung zum Wohl der Allgemeinheit zulässig, soweit sie zur Durchführung eines festgestellten oder genehmigten Plans notwendig ist, der dem Küsten- oder Hochwasserschutz dient.

Abweichend von § 71 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2 WHG, bedarf es hierzu keiner Bestimmung bei der Feststellung oder Genehmigung des Plans. Die rechtlichen Voraussetzungen für die sich unmittelbar aus dem Gesetz ergebende enteignungsrechtliche Vorwirkung dieses Planfeststellungsbeschlusses liegen vor, da der Plan den Bau eines Hochwasserschutzes zum Gegenstand hat und somit dem Hochwasserschutz dient. Gemäß § 71 Abs. 3 WHG ist der festgestellte oder genehmigte Plan damit dem Enteignungsverfahren zugrunde zu legen und für die Enteignungsbehörde bindend. Dies bedeutet insb., dass im Rahmen eines späteren Enteignungsverfahrens die öffentlich - rechtliche Zulässigkeit des Vorhabens nicht erneut zu prüfen ist.



Enteignung und Entschädigung richten sich ansonsten nach dem Landesenteignungsgesetz von Rheinland-Pfalz. Das Enteignungsverfahren wird von der hierfür zuständigen Enteignungsbehörde auf Antrag des Vorhabenträgers durchgeführt.

8. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 8, 10 u. 13 des Landesgebührengesetzes (LGebG).

Es werden vorliegend keine Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

Maßnahmenträger ist die Stadt Bad-Neuenahr-Ahrweiler. Gemäß § 8 Absatz 1 Nr. 2 LGebG ist die Gemeinde von Verwaltungsgebühren befreit, dies führt in der Folge gem. § 10 Abs. 2 S. 2 LGebG auch zur Auslagenfreiheit.

Rechtsgrundlagen

Aktuelle Fassungen von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind im Internet frei zugänglich. Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes sind auf der Seite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz "www.gesetze-im-internet.de", Verwaltungsvorschriften auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern "www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de" und die Landesgesetze sowie Rechtsverordnungen des Landes Rheinland-Pfalz auf der Seite des Ministeriums der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz unter "www.landesrecht.rlp.de" zu finden.



Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe
Klage beim

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz

Deinhardpassage 1

56068 Koblenz

schriftlich, nach Maßgabe des § 55a Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) durch Einreichung
eines elektronischen Dokuments oder zu Protokoll der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbe-
amten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss die Klägerin oder den Kläger, die Beklagte oder den Beklagten sowie den Ge-
genstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur
Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben und die angefochtene
Planfeststellung in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Falls die Klage schriftlich oder zu Protokoll erhoben wird, sollen der Klage nebst Anlagen so
viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Im Auftrag

 sign-me

Signiert von VICTORIA ANNA
MARGARETE VERA VON BIEDERSEE
am 27.04.2026

Victoria von Biedersee